

POLEN: WIRTSCHAFTLICHER AUFHOLPROZESS AUF KOSTEN VON KLIMA UND UMWELT

Stephan Raabe | Janina Härtel

Der Klimawandel wird in Polen in Politik und Medien nur selten diskutiert und nicht als akute Gefahr wahrgenommen. Die Entwicklung der Wirtschaft und die Frage der Energieversorgung stehen im Vordergrund. Dementsprechend gering ist das Interesse in der Gesellschaft an der Thematik.

Zu den veröffentlichten drei Teilen des IPCC-Berichts wie auch zum Bericht des britischen Ökonomen und Regierungsberaters Sir Nicholas Stern gab es kaum Reaktionen in Polen. Die Ergebnisse der Studien und einzelne Passagen wurden zwar in einigen Zeitungsberichten erwähnt und auch auf den polnischen Internetseiten von Greenpeace, vom WWF und den Befürwortern der Windenergie veröffentlicht, jedoch hat die polnische Regierung dazu keine offizielle Stellung bezogen.

Diese distanzierte Haltung zeigt sich auch in der aktuellen Umfrage des Eurobarometers „Einstellungen zu Fragen der europäischen Energiepolitik“ vom Februar 2007. Auf die Frage, ob der Klimawandel und die globale Erwärmung sie beunruhigen würde, verneinten 27 Prozent der polnischen Bevölkerung. Damit weist Polen den höchsten Prozentwert auf im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten, wo im Durchschnitt 12 Prozent mit „nein“ antworten. Nur 32 Prozent der polnischen Gesellschaft finden den Klimawandel besorgniserregend; in der EU insgesamt sind es 50 Prozent. 52 Prozent der polnischen Befragten sehen für die Zukunft keine Notwendigkeit, ihr bisheriges Verhalten beim Verbrauch von Energie zu ändern. Andererseits würden ebenfalls 52 Prozent Geld für Energiespargeräte ausgeben und immerhin 38 Prozent wünschen sich mehr Informationen und eine bessere Aufklärung durch die polnische Regierung über die Folgen des Klimawandels. Mit diesem Wunsch ist Polen führend unter den EU-Mitgliedsstaaten.

Politisch wird befürchtet, dass sich die Klimaschutzpolitik zum Nachteil von Polens Entwicklung auswirkt, wie zum Beispiel im Fall der Entscheidung über die jährliche Zuteilungsmenge der Emissionsberechtigungen. Polen als drittgrößter CO₂-Emittent in der Europäischen Union forderte ursprünglich Zertifikate für 284,6 Millionen Tonnen, diese wurden jedoch auf dem EU-Frühjahrgipfel im März 2007 auf 208,5 Millionen Tonnen festgesetzt, was die polnische Regierung heftig kritisierte, weil man dadurch negative Auswir-

kungen auf die Wirtschaft befürchtet. Denn die Kürzungen werden zu Preissteigerung bei den CO₂-Berechtigungen führen, so dass eventuell die Produktion in einigen polnischen Anlagen, insbesondere in der Energiewirtschaft und der Zementindustrie, gedrosselt werden muss. Polen, so die Regierung, würde in seiner wirtschaftlichen Aufholjagd behindert, dagegen gewöhnen Länder außerhalb der Europäischen Union Vorteile.

Für Polen hat die wirtschaftliche Entwicklung derzeit einen wesentlich höheren Stellenwert als der Umwelt- und Klimaschutz. Ein aktuelles Beispiel für den Umgang mit der Umwelt bietet der Streit um den Ausbau einer Teilstrecke der „Via Baltica“ zur Autobahn quer durch das Rospuda-Tal bei Augustów sowie durch den Biebrza-Nationalpark im Nordosten Polens. Das einmalige Ökosystem des Sumpfbereiches im Rospuda-Tal, mit einem in Europa einzigartigen unberührten Niedermoor, droht durch den Straßenbau zerstört zu werden. 20.000 Bäume sollen gefällt, massive Stahlbetonpfeiler aufgestellt werden. Der Lebensraum bedrohter Pflanzen, Tiere und zahlreicher seltener Vogelarten wird damit vernichtet. Das Straßenprojekt wurde trotz heftigster Proteste von polnischen und ausländischen Naturschutzverbänden durch den polnischen Umweltminister Jan Szyszko abgesegnet. Einer der führenden Köpfe der Protestaktionen in Polen ist der Journalist der liberalen großen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, Adam Wajrak. Der Vorschlag einer alternativen Autobahnstrecke über Łomża, die streckenweise fast deckungsgleich mit der schon vorhandenen Schnellstraße Nr. 61 ist, kein Naturschutzgebiet durchschneidet sowie ca. 40 km kürzer wäre als die kontroverse Variante, wurde von offizieller Seite abgelehnt.

Nachdem die polnische Regierung das ihr gestellte Ultimatum der Europäischen Kommission ignorierte, die Genehmigung für den Bau der Umgehungsstrecke um die Stadt Augustów binnen einer Woche zurückzuziehen, reichte die Kommission am 20. März Klage gegen Polen beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel ein mit der Begründung, dass die Entscheidung der polnischen Regierung nicht konform mit den EU-Regelungen sei und Umweltschäden solchen Ausmaßes nicht kompensiert werden könnten. Im Falle einer Niederlage vor dem Gerichtshof drohen Polen Bußgelder in Millionenhöhe sowie der Verlust der versprochenen Zuschüsse für den Bau der Autobahn.

Am 20. Mai fand zeitgleich mit außerordentlichen Kommunalwahlen in der Wojewodschaft Podlasie ein Referendum statt, in dem die Bevölkerung über den Verlauf der geplanten Umgehungsstraße abstimmen konnte. Das Referendum hatte die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit PiS auf den Weg gebracht, die die dafür notwendigen 50.000 Unterschriften in der Region sammelte. 90 Prozent der Teilnehmer an dem Referendum stimmten dem geplanten Bau der „Via Baltica“ durch das Rospuda-Tal zu, vor allem um eine schnellstmögliche Entlastung des innerstädtischen Straßenverkehrs zu erreichen, der eine große Belastung und Gefahrenquelle für die Bevölkerung darstellt. Sie unterstützten damit Premierminister Jarosław Kaczyński (PiS), der die Bedeutung der Ver-

kehrsanbindung für die wirtschaftliche Zukunft Polens unterstrich. Im Auslandsdienst des polnischen Rundfunks sagte er: „Es gibt keine Gründe, hier nicht zu bauen. Die Einwände sind alle konstruiert, aber wenn wir uns ihnen anschließen, dann erklären wir uns einverstanden damit, unsere Chancen nicht zu nutzen.“

Da allerdings nur 20 anstatt der benötigten 30 Prozent der Wahlberechtigten an dem Referendum teilnahmen, hat das Referendum keine Gültigkeit. Auch bei Erreichen des Quorums hätte es jedoch keine bindende Wirkung gehabt. Die endgültige Entscheidung durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs über den Bau der Teilstrecke steht noch aus.

DIE BALTISCHEN LÄNDER: ESTLAND, LETTLAND UND LITAUEN – DIE ENERGIEABHÄNGIGKEIT VON RUSSLAND STEHT IM VORDERGRUND

Andreas von Below

KLIMAWANDEL WIRD NICHT ALS VORDRINGLICHES PROBLEM GESEHEN

Das Thema des Klimawandels und dessen Folgen gewinnt in den Baltischen Ländern Estland, Lettland und Litauen erst nach und nach mehr Aufmerksamkeit. Es steht aber eindeutig nicht an der vordersten Stelle der politischen Agenda. Vielmehr hat die Verbesserung der ökonomischen Situation durch kräftiges Wirtschaftswachstum bei den meisten Bürgern und bei den politischen Akteuren eindeutige Priorität. Es wird eine Angleichung der Lebensverhältnisse an das hohe Niveau Westeuropas angestrebt. Darüber hinaus spielt die Frage der Energiesicherheit vor dem Hintergrund der sehr starken Abhängigkeit der Energielieferungen von Russland eine weit größere Rolle als die Frage des Klimaschutzes.

KLIMAWANDEL IST EIN THEMA FÜR EXPERTEN

Die Problematik des Klimawandels wird überwiegend von Experten, einigen aktiven Nichtregierungsorganisationen und einem kleinen Kreis von engagierten Politikern diskutiert. Beispielhaft sei eine Zusammenfassung von lettischen Experten erwähnt, die sich aus einem staatlichen Forschungsprogramm zur Abschätzung der Klimawandels für Lettland ergeben: Man bemüht sich dabei, kurzfristige, mittelfristige sowie

langfristige Auswirkungen auf Wasserqualität und Ökosysteme abzuschätzen. Ebenso sollen Anpassungsstrategien und Maßnahmen zum Erhalt des Ökogleichgewichts entwickelt werden. Im Interview mit einer Expertin des lettischen Umweltministeriums sind die Hauptgesichtspunkte zusammengefasst: Der Klimawandel wird wahrscheinlich marine hydrodynamische und littorale Faktoren beeinflussen (z.B. Wellenformation, Meeresspiegel, Schlickbewegungen). Dies ist von besonderer Wichtigkeit, da mehr als die Hälfte der Bevölkerung Lettlands in Küstennähe lebt. Der Klimawandel würde außerdem den Salzhaushalt der Ostsee beeinflussen. Abwasser- und Regenwasserkanalisationen könnten durch heftige Regenfälle, Hochwässer und erhöhte Grundwasserspiegel sehr viel regelmäßiger überlaufen. Diese Probleme wiederum könnten dazu führen, dass Abwasser unbehandelt in Flüsse und Seen abläuft. Außerdem könnten Wohnhäuser und Verkehrswege gefährdet sein. Die Wasserversorgung durch Oberflächengewässer und oberflächennahes Grundwasser könnte vom Klimawandel aufgrund möglicher Überflutungen bzw. Trockenperioden besonders betroffen sein. Dies würde insbesondere die dicht besiedelte Hauptstadt Riga betreffen, die zum Teil durch Oberflächenwasser versorgt wird. Die Trinkwasserversorgung aus tiefem Grundwasser, der häufigsten Trinkwasserquelle in Lettland, wird hingegen weniger vom Klimawandel beeinflusst werden.